



Unterzeichnung des Protokolls zum Uebereinkommen von 1979 über
 weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung der ECE/UNO
 betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer
 Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses

Aufgrund des Antrags des EDI vom 9. Oktober 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz unterzeichnet das Protokoll betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses, ein Zusatzprotokoll zum Uebereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung, mit Ratifikationsvorbehalt. Als Basisjahr im Sinne von Artikel 2 des Protokolls wird das Jahr 1984 gewählt.
2. Die schweizerische Delegation an der neunten Tagung des Exekutivorgans des Uebereinkommens (Genf, 18. - 22. November) steht unter der Leitung von Bundespräsident Flavio Cotti, Chef des Eidgenössischen Departements des Innern.
 Der Delegation gehören ferner an:
 Bruno Böhlen, Direktor des BUWAL, Stellvertreter des Delegationsleiters, EDI;
 Wilhelm Schmid, Vizedirektor des BUWAL und Chef der Stabsstelle Internationales, EDI;
 Gerhard Leutert, Chef der Abteilung Luftreinhaltung im BUWAL, EDI;
 Minister Jürg Leutert, Vizedirektor der Direktion für internationale Organisationen, EDA.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENT FEDERALE DELL'INTERNO

-2-

3. Der Delegationsleiter oder sein Stellvertreter werden ermächtigt, das Protokoll zur Bekämpfung der VOC-Emissionen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendige Vollmacht auszustellen.
5. Die Tagesentschädigungen der Delegierten werden im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt. Die Tagesentschädigungen und Reisekosten der Vertreter des BUWAL gehen zu Lasten der Auslagenrubrik "Spesen-entschädigungen" (0310-3160.001) des BUWAL. Die Entschädigung des Vertreters des EDA/DIO geht zu Lasten des EDA.
6. Das EDI wird beauftragt, eine Botschaft zu Händen des Parlaments betreffend die Ratifizierung des VOC-Protokolls vorzubereiten.

Für getreuen Protokollauszug:

Hanna Mural

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
	X	EDI	10	-
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	5	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, den - 9. Okt. 1991

An den Bundesrat

Unterzeichnung des Protokolls zum Uebereinkommen von 1979 über
 weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung der ECE/UNO
 betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer
 Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses

Zusammenfassung:

Der Chef des Eidgenössischen Departements des Innern, Bundes-
 präsident Flavio Cotti, ist zu ermächtigen, das VOC-Protokoll am
 19. November 1991 in Genf unter Ratifikationsvorbehalt zu
 unterzeichnen. Damit verpflichtet sich die Schweiz zu einer
 Verminderung ihrer VOC-Emissionen bis 1999 um 30% im Vergleich zu
 1988.

1 Ausgangslage

11 Wissenschaftliche Aspekte

Flüchtige organische Verbindungen (VOC) gelangen hauptsächlich
 bei der Verdunstung von Lösemitteln, bei der unvollständigen
 Verbrennung und bei der Verdunstung von Brenn- und Treibstoffen
 in die Umwelt. Sämtliche Quellengruppen (Industrie und Gewerbe,
 Motorfahrzeugverkehr, Haushalte) tragen zu den VOC-Emissionen
 bei. Es gibt sowohl einfache und relativ harmlose, aber auch kom-
 pliziertere und gefährliche (z.B. schwer abbaubare und
 krebserzeugende) organische Verbindungen.

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle der flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) zusammen mit den Stickoxiden (NO_x) als Vorläuferschadstoffe bei der Bildung von Ozon und weiteren Photooxidantien. Beide Vorläuferschadstoffe (VOC und NO_x), aber auch Kohlenmonoxid und Methan sind Reaktionspartner in komplizierten photochemischen Reaktionen, die bei Sonneneinstrahlung zu erhöhten Ozon- und Oxidantienbelastungen in bodennahen Luftschichten und in der freien Troposphäre führen. Hohe Oxidantienkonzentrationen, welche zur Hauptsache aus Ozon bestehen, werden als photochemischer Smog bezeichnet.

Neuere Untersuchungen im Ausland und in der Schweiz ergaben, dass zur Verminderung der grösserräumig auftretenden erhöhten Oxidantienbelastung die Emissionen sowohl der Stickoxide (NO_x) als auch der flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) drastisch, das heisst um 70-80% (bezogen auf die Emissionsmengen in der Mitte der 80er Jahre) herabgesetzt werden müssen.

12 Internationale Rahmenbedingungen

Das Uebereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung wurde anlässlich der ECE/UN-Konferenz der Umweltminister am 13. November 1979 in Genf von 34 Staaten und von der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet. Es trat am 16. März 1983 in Kraft. 31 Staaten und die EG haben es ratifiziert, darunter am 6. Mai 1983 auch die Schweiz.

Nach drei bereits ratifizierten Protokollen (Ueberwachung/Finanzierung, Schwefelemissionen, Stickstoffoxidemissionen) liegt nun ein viertes Protokoll betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses vor. Es stellt einen ersten wichtigen Schritt zur Kontrolle der VOC-Emissionen dar.

2 Verhandlungsverlauf

Zur Erarbeitung des VOC-Protokolls wurde vom Exekutivorgan des Übereinkommens anlässlich seiner sechsten Tagung (31. Oktober bis 4. November 1988 in Sofia) eine VOC-Arbeitsgruppe eingesetzt. Verschiedene Expertengruppen unterstützten diese Arbeitsgruppe bei der Formulierung der drei technischen Anhänge zum Protokoll. Die Arbeitsgruppe verfasste in sechs einwöchigen Sitzungen und einer eintägigen Abschluss-Sitzung der Delegationsleiter einen unterzeichnungsreifen Protokollentwurf.

Was die Schweiz betrifft, nahmen Vertreter aus Verwaltung und Wissenschaft an allen diesen Arbeiten aktiv teil. Als besonders schwierig erwies sich die Formulierung der grundlegenden Verpflichtung des Protokolls: Eine möglichst einheitliche und weitgehende Verpflichtung lag im Interesse vieler Länder, darunter auch der Schweiz. Mit Rücksicht auf die spezielle Situation bezüglich VOC-Emissionen und Wirtschaftslage in osteuropäischen Ländern sowie bezüglich der Lokalisierung der VOC-Emissionen in sehr grossen Ländern wie in den USA, in Kanada und in der UdSSR war andererseits eine gewisse Flexibilisierung nötig. Der nun vorliegende Protokollentwurf kommt den verschiedenen Anliegen soweit entgegen, dass mit der Unterzeichnung durch die meisten Vertragsparteien des Übereinkommens gerechnet werden kann.

3 Inhalt des VOC-Protokolls

Im wesentlichen verpflichtet das Protokoll die Vertragsparteien zu einer Reduktion ihrer nationalen jährlichen VOC-Emissionen bis 1999 um mindestens 30%, wobei sie der Berechnung den Stand der Emissionen von 1988 zugrundelegen (Art. 2).

Die erwähnte Flexibilisierung besteht darin, dass zum einen Vertragsparteien, deren VOC-Emissionen nachweislich ausschliesslich aus bestimmten Gebieten ihres Landes stammen, Massnahmen zur dreissigprozentigen Verringerung nur für diese Gebiete treffen müssen; zum andern dürfen sich einige wenige Staaten, deren VOC-Emissionen im Jahr 1988 ein bestimmtes Niveau nicht überschritten, mit einem Einfrieren auf dem Stand von 1988 begnügen.

Spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Protokolls werden die Vertragsparteien Verhandlungen über weitere Schritte zur Verringerung der VOC-Emissionen aufnehmen (Art. 2).

Das Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft (Art. 16).

Aenderungen des Protokolls müssen von einer Zweidrittelsmehrheit gutgeheissen werden und sind nur für jene Vertragsparteien obligatorisch, die ihnen zugestimmt haben (Art.11). Streitigkeiten werden auf dem Verhandlungswege beigelegt (Art.12).

Die Vertragsparteien können jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem das Protokoll für sie in Kraft getreten ist, vom Protokoll zurücktreten (Art.17).

4 Auswirkungen für die Schweiz

Die Schweiz ist in der Lage, die grundlegenden Verpflichtungen des Protokolls ohne finanzielle Mehrbelastungen für Bund oder Kantone zu erfüllen. Die zu treffenden Massnahmen halten sich im Rahmen der bisherigen schweizerischen Luftreinhalte-Politik, die auf den Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes beruht und mit der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und dem Luftreinhalte-Konzept (LRK) des Bundesrates konkret ausgestaltet wurde. In Anwendung der am 1. März 1986 in Kraft gesetzten LRV sowie weiterer im

Rahmen des LRK des Bundesrates bisher rechtsverbindlich festgelegter und im Grundsatz beschlossener Massnahmen kann die gemäss LRK angestrebte Verringerung der nationalen jährlichen VOC-Emissionen auf den Stand von 1960 (146'900 Tonnen) erreicht werden. Dies entspricht einer Reduktion um 57% gegenüber dem Stand von 1984, als die VOC-Emissionen in der Schweiz mit insgesamt 339'300 Tonnen pro Jahr ihren höchsten Stand erreichten.

5 Unterzeichnung des VOC-Protokolls

Das Protokoll zum Uebereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses wird anlässlich der neunten Tagung des Exekutivorgans des Uebereinkommens (18.-22. November 1991) in Genf unterzeichnet. Bundespräsident Cotti wird diese Tagung präsidieren und den Vorsitz des Exekutivorgans bis zur nächsten Tagung in einem Jahr innehaben.

Die Unterzeichnung findet auf Einladung der Schweiz am 19. November im Internationalen Konferenzzentrum (CICG) in Genf statt. Die Schweiz als Gastland übernimmt zwei gesellschaftliche Anlässe im üblichen Rahmen, nämlich einen Empfang am Abend des 18. November und ein Mittagessen für die Minister und Delegationschefs sowie für die übrigen Delegierten nach der Unterzeichnung am 19. November. Die entsprechenden Kosten von höchstens 30 000 Sfr. können durch vorhandene Budgetmittel (Rubrik 0310-3600.501 "Internationale Kommissionen und Organisationen") abgedeckt werden.

6 Ergebnisse der Aemterkonsultation

Das Bundesamt für Justiz, die Bundeskanzlei und die Direktion für Internationale Organisationen wurden im Vorverfahren konsultiert und sind einverstanden.

-6-

7 Antrag

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen beantragen wir, dem beiliegenden Beschlussdispositiv zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
DES INNERN



Flavio Cotti

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Protokollentwurf auf englisch und auf französisch

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD
- EMD
- EFD
- EVD
- EVED
- BK

-7-

Protokollauszug an:

- Übersichtung des Protokolls zum Übereinkommen von 1977 über
 - EDI 9 (GS 4, BUWAL 5) die gemeinsame Luftverkehrsabfertigung der ICB/IBG
 - EDA 5 die Schaffung der Kommission Flüchtlinge organischer
 - EJPD 3 (WZ) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses
 - EMD 1
 - EFD 2
 - EVD 3 des Antrags des EDI von - 9. DKL 1991
 - EVED 3
 - BK 1 der Ergebnisse des Mitrichterverfahrens wird

beschlossen:

- Die Schweiz unterzeichnet das Protokoll betreffend die Schaffung der Kommission Flüchtlinge organischer Verbindungen (WZ) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses, ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über weltweite grenzüberschreitende Luftverschmutzung, mit Ratifizierungsvorbehalt.
- Die schweizerische Delegation an der neunten Tagung des Exekutivorgans des Übereinkommens (Genf, 16. - 22. November) geht unter der Leitung von Bundespräsident Flavio Cotti, Chef des Eidgenössischen Departements des Innern.
 Der Delegation gehören ferner an:
 Bruno Kühn, Direktor des BUWAL, Stellvertreter der Delegationsleiter, EDI;
 Wilhelm Schmid, Vize-Direktor des BUWAL und Chef der Stratosphäre Internationale, EDI;
 Gerhard Leuzert, Chef der Abteilung Luftreinhaltung im BUWAL, EM;
 Minister Jörg Leuzert, Vize-Direktor der Direktion für Internationale Organisationen, EDI.

Unterzeichnung des Protokolls zum Uebereinkommen von 1979 über
 weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung der ECE/UNO
 betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer
 Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses

Aufgrund des Antrags des EDI vom - 9. Okt. 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz unterzeichnet das Protokoll betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses, ein Zusatzprotokoll zum Uebereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung, mit Ratifikationsvorbehalt.

2. Die schweizerische Delegation an der neunten Tagung des Exekutivorgans des Uebereinkommens (Genf, 18. - 22. November) steht unter der Leitung von Bundespräsident Flavio Cotti, Chef des Eidgenössischen Departements des Innern.
 Der Delegation gehören ferner an:
 Bruno Böhlen, Direktor des BUWAL, Stellvertreter des Delegationsleiters, EDI;
 Wilhelm Schmid, Vizedirektor des BUWAL und Chef der Stabsstelle Internationales, EDI;
 Gerhard Leutert, Chef der Abteilung Luftreinhaltung im BUWAL, EDI;
 Minister Jürg Leutert, Vizedirektor der Direktion für internationale Organisationen, EDA.

-2-

3. Der Delegationsleiter oder sein Stellvertreter werden ermächtigt, das Protokoll zur Bekämpfung der VOC-Emissionen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendige Vollmacht auszustellen.
5. Die Tagesentschädigungen der Delegierten werden im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt. Die Tagesentschädigungen und Reisekosten der Vertreter des BUWAL gehen zu Lasten der Auslagenrubrik "Spesen-entschädigungen" (0310-3160.001) des BUWAL. Die Entschädigung des Vertreters des EDA/DIO geht zu Lasten des EDA.
6. Das EDI wird beauftragt, eine Botschaft zu Händen des Parlaments betreffend die Ratifizierung des VOC-Protokolls vorzubereiten.

Für getreuen Protokollauszug:

~~ANNEX I~~
~~to the report~~

DRAFT PROTOCOL TO THE 1979 CONVENTION ON LONG-RANGE TRANSBOUNDARY AIR
POLLUTION CONCERNING THE CONTROL OF EMISSIONS OF VOLATILE ORGANIC
COMPOUNDS OR THEIR TRANSBOUNDARY FLUXES

The Parties,

Determined to implement the Convention on Long-range Transboundary Air Pollution,

Concerned that present emissions of volatile organic compounds (VOCs) and secondary photochemical oxidant products are causing damage, in exposed parts of Europe and North America, to natural resources of vital environmental and economic importance and, under certain exposure conditions, have harmful effects on human health,

Noting that under the Protocol concerning the Control of Emissions of Nitrogen Oxides or their Transboundary Fluxes, adopted in Sofia on 31 October 1988, there is already agreement to reduce emissions of oxides of nitrogen,

Recognizing the contribution of VOCs and nitrogen oxides to the formation of tropospheric ozone,

Recognizing that VOCs, nitrogen oxides and resulting ozone are transported across international boundaries, affecting air quality in neighbouring States,

Aware that the mechanism of photochemical oxidant creation is such that the reduction of emissions of VOCs is necessary in order to reduce the incidence of photochemical oxidants,

Further aware that methane and carbon monoxide emitted by human activities are present at background levels in the air over the ECE region and contribute to the formation of episodic peak ozone levels; that, in addition, their global-scale oxidation in the presence of nitrogen oxides contributes to the formation of the background levels of tropospheric ozone upon which photochemical episodes are superimposed; and that methane is expected to become the subject of control actions in other fora,

Recalling that the Executive Body for the Convention identified at its sixth session the need to control emissions of VOCs or their transboundary fluxes, as well as to control the incidence of photochemical oxidants, and the need for Parties that had already reduced these emissions to maintain and review their emission standards for VOCs,

Acknowledging the measures already taken by some Parties which have had the effect of reducing their ~~national~~ annual emissions of nitrogen oxides and VOCs,

Noting that some Parties have set air quality standards and/or objectives for tropospheric ozone and that standards for tropospheric ozone concentrations have been set by the World Health Organization and other competent bodies,

Determined to take effective action to control and reduce ~~national~~ annual emissions of VOCs or the transboundary fluxes of VOCs and the resulting secondary photochemical oxidant products; in particular the application of appropriate national or international emission standards to new mobile and new stationary sources and the retrofitting of existing major stationary sources, and also by limiting the content of components in products for industrial and domestic use that have the potential to emit VOCs,

Conscious that volatile organic compounds differ greatly from each other in their reactivity and in their potential to create tropospheric ozone and other photochemical oxidants, and that, for any individual compounds, potential may vary from time to time and from place to place depending on meteorological and other factors,

Recognizing that such differences and variations should be taken into consideration if action to control and reduce emissions and transboundary fluxes of VOCs is to be as effective as possible in minimizing the formation of tropospheric ozone and other photochemical oxidants,

Taking into consideration existing scientific and technical data on emissions, atmospheric movements and effects on the environment of VOCs and photochemical oxidants, as well as on control technologies,

Recognizing that scientific and technical knowledge of these matters is developing and that it will be necessary to take such developments into account when reviewing the operation of the present Protocol and deciding on further action,

Noting that the elaboration of an approach based on critical levels is aimed at the establishment of an effect-oriented scientific basis to be taken into account when reviewing the operation of the present Protocol, and at deciding on further internationally agreed measures to limit and reduce emissions of VOCs or the transboundary fluxes of VOCs and photochemical oxidants,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of the present Protocol,

1. "Convention" means the Convention on Long-range Transboundary Air Pollution, adopted in Geneva on 13 November 1979;

2. "EMEP" means the Co-operative Programme for Monitoring and Evaluation of the Long-range Transmission of Air Pollutants in Europe;
3. "Executive Body" means the Executive Body for the Convention constituted under article 10, paragraph 1, of the Convention;
4. "Geographical scope of EMEP" means the area defined in article 1, paragraph 4, of the Protocol to the 1979 Convention on Long-range Transboundary Air Pollution on Long-term Financing of the Co-operative Programme for Monitoring and Evaluation of the Long-range Transmission of Air Pollutants in Europe (EMEP), adopted in Geneva on 28 September 1984;
5. "Tropospheric ozone management area" (TOMA) means an area specified in annex I under conditions laid down in article 2, paragraph 2 (b);
6. "Parties" means, unless the context otherwise requires, the Parties to the present Protocol;
7. "Commission" means the United Nations Economic Commission for Europe;
8. "Critical levels" means concentrations of pollutants in the atmosphere for a specified exposure time below which direct adverse effects on receptors, such as human beings, plants, ecosystems or materials do not occur according to present knowledge;
9. "Volatile organic compounds", or "VOCs", means, unless otherwise specified, all organic compounds of anthropogenic nature other than methane that are capable of producing photochemical oxidants by reactions with nitrogen oxides in the presence of sunlight;
10. "Major source category" means any category of sources which emit air pollutants in the form of VOCs, including the categories described in annexes II and III, and which contribute at least 1% of the total ~~national~~ emissions of VOCs on an annual basis, as measured or calculated in the first calendar year after the date of entry into force of the present Protocol, and every fourth year thereafter.
11. "New stationary source" means any stationary source of which the construction or substantial modification is commenced after the expiry of two years from the date of entry into force of the present Protocol;
12. "New mobile source" means any on-road motor vehicle which is manufactured after the expiry of two years from the date of entry into force of the present Protocol;
13. "Photochemical ozone creation potential" (POCP) means the potential of an individual VOC, relative to that of other VOCs, to form ozone by reaction with oxides of nitrogen in the presence of sunlight, as described in annex IV.

Article 2Basic obligations

1. The parties shall control and reduce their emissions of VOCs in order to reduce their transboundary fluxes and the fluxes of the resulting secondary photochemical oxidant products so as to protect human health and the environment from adverse effects.

2. Each Party shall, in order to meet the requirements of paragraph 1 above, control and reduce its ~~national~~ annual emissions of VOCs or their transboundary fluxes in any one of the following ways, *to be specified upon signature:*

(a) It shall, as soon as possible and as a first step, take effective measures to reduce its ~~national~~ annual emissions of VOCs, by at least 30% by the year ~~1999~~ using ~~[1987] 1988~~ levels as a basis ~~for any previous annual level during the period [1980] [1984] [1987] [1988] which it may specify upon signature of or accession to the present Protocol;~~ or

(b) Where its annual emissions contribute to tropospheric ozone concentrations in areas under the jurisdiction of one or more other Parties, and such emissions originate only from areas under its jurisdiction that are specified as Tropospheric Ozone Management Areas (TOMAs) in annex I, it shall, as soon as possible and as a first step, take effective measures to:

(i) reduce its annual emissions of VOCs ~~for their transboundary fluxes~~ from the areas so specified, by at least 30% by the year ~~1999~~, using ~~[1987] 1988~~ levels as a basis ~~for any previous annual level during the period [1980] [1984] [1987]~~ ~~[1988] which it may specify upon signature of or accession to the present Protocol;~~ and

(ii) ensure that its total ~~national~~ annual emissions of VOCs by the year ~~1999~~ do not exceed ~~[1987] 1988~~ levels ~~for any previous annual level during the period [1980] [1984]~~ ~~[1987] [1988] which it may specify upon signature of or accession to the present Protocol;~~ or

(c) Where its ~~national~~ annual emissions of VOCs were in ~~[1987] 1988~~ lower than 500,000 tonnes and 20 kg/inhabitant and 5 tonnes/km², it shall, as soon as possible and as a first step, take effective measures to ensure at least that at the latest by the year ~~1999~~ its ~~national~~ annual emissions of VOCs do not exceed the ~~[1987] 1988~~ levels.

~~[3. With respect to paragraphs 1 and 2 Parties can fulfil their obligations individually or jointly.]~~

* or any other annual level during the period 1984 - 1990 which it may specify upon signature of or accession to the present Protocol;

3. (a) Furthermore, no later than two years after the date of entry into force of the present Protocol, ~~the Parties~~ ^{each} shall:

- (i) Apply appropriate national or international emission standards to new stationary sources based on the best available technologies which are economically feasible, taking into consideration annex II;
- (ii) Apply national or international measures to products that contain solvents and promote the use of products that are low in or do not contain VOCs, taking into consideration annex II, including the labelling of products specifying their VOC content;
- (iii) Apply appropriate national or international emission standards to new mobile sources based on the best available technologies which are economically feasible, taking into consideration annex III; *and*
- (iv) Foster public participation in emission control programmes through public announcements, encouraging the best use of all modes of transportation and promoting traffic management schemes.

(b) Furthermore, no later than five years after the date of entry into force of the present Protocol, in those areas in which national or international tropospheric ozone standards are exceeded or where transboundary fluxes originate or are expected to originate, ~~the Parties~~ ^{each} shall:

- (i) Apply the best available technologies that are economically feasible to existing stationary sources in major source categories, taking into consideration annex II;
- (ii) Apply techniques to reduce VOC emissions from petrol distribution and motor vehicle refuelling operations, and to reduce volatility of petrol, taking into consideration annexes II and III.

4. In carrying out their obligations under this article, Parties are invited to give highest priority to reduction and control of emissions of substances with the greatest POCP, taking into consideration the information contained in annex IV.

5. In implementing the present Protocol, and in particular any product substitution measures, Parties shall take appropriate steps to ensure that toxic and carcinogenic VOCs, and those that harm the stratospheric ozone layer, are not substituted for other VOCs.

6. The Parties shall, as a second step, commence negotiations, not later than six months after the date of entry into force of the present Protocol, on further steps to reduce ~~(national)~~ annual emissions of volatile organic

compounds or transboundary fluxes of such emissions and their secondary photochemical oxidant products, taking into account the best available scientific and technological developments, scientifically determined critical levels and internationally accepted target levels, the role of nitrogen oxides in the formation of photochemical oxidants and other elements resulting from the work programme undertaken under article 5.

7. To this end, the Parties shall cooperate in order to establish:

(a) More detailed information on the individual VOCs and their POCP values;

(b) Critical levels for photochemical oxidants;

(c) Reductions in ~~national~~ annual emissions or transboundary fluxes of VOCs and their secondary photochemical oxidant products, especially as required to achieve agreed objectives based on critical levels;

(d) Control strategies, such as economic instruments, to obtain overall cost-effectiveness to achieve agreed objectives;

(e) Measures and a timetable commencing no later than 1 January ~~1996~~ ~~2000~~ for achieving such reductions.

8. In the course of these negotiations, the Parties shall consider whether it would be appropriate for the purposes specified in paragraph 1 to supplement such further steps with measures to reduce methane.

Article 3

Further measures

1. Measures required by the present Protocol shall not relieve Parties from their other obligations to take measures to reduce total gaseous emissions that may contribute significantly to climate change, to the formation of tropospheric background ozone, to the depletion of stratospheric ozone, or that are toxic or carcinogenic.

2. Parties may take more stringent measures than those required by the present Protocol.

3. The Parties shall establish a mechanism for monitoring compliance with the present Protocol. As a first step based on information provided pursuant to article 8 or other information, any Party which has reason to believe that another Party is acting or has acted in a manner inconsistent with its obligations under this Protocol, may inform the Executive Body to that effect and, simultaneously, the Parties concerned. At the request of any Party, the matter may be taken up at the next meeting of the Executive Body.

Article 4

Exchange of technology

1. The Parties shall, consistent with their ~~national~~ laws, regulations and practices, facilitate the exchange of technology to reduce emissions of VOCs, particularly through the promotion of:
 - (a) The commercial exchange of available technology;
 - (b) Direct industrial contacts and cooperation, including joint ventures;
 - (c) The exchange of information and experience;
 - (d) The provision of technical assistance.
2. In promoting the activities specified in paragraph 1 of this article, the Parties shall create favourable conditions by facilitating contacts and cooperation among appropriate organizations and individuals in the private and public sectors that are capable of providing technology, design and engineering services, equipment or finance.
3. The Parties shall, no later than six months after the date of entry into force of the present Protocol, commence consideration of procedures to create more favourable conditions for the exchange of technology to reduce emissions of VOCs.

Article 5

Research and monitoring to be undertaken

The Parties shall give high priority to research and monitoring related to the development and application of methods to achieve national or international tropospheric ozone standards and other goals to protect human health and the environment. The Parties shall, in particular, through ~~national~~ or international research programmes, in the work-plan of the Executive Body and through other cooperative programmes within the framework of the Convention, seek to:

- (a) Identify and quantify effects of emissions of VOCs, both anthropogenic and biogenic, and photochemical oxidants on human health, the environment and materials;
- (b) Determine the geographical distribution of sensitive areas;
- (c) Develop emission and air quality monitoring and model calculations, including methodologies for the calculation of emissions, taking into account, as far as possible, the different VOC species, both anthropogenic and biogenic, and their reactivity, to quantify the long-range transport of VOCs, both anthropogenic and biogenic, and related pollutants involved in the formation of photochemical oxidants;

(d) Improve estimates of the performance and costs of technologies for control of emissions of VOCs and record the development of improved and new technologies;

(e) Develop, within the context of the approach based on critical levels, methods to integrate scientific, technical and economic data in order to determine appropriate rational strategies for limiting VOC emissions and obtain overall cost-effectiveness to achieve agreed objectives;

(f) Improve the accuracy of inventories of emissions of VOCs, both anthropogenic and biogenic; *and harmonize the methods of their calculation and estimation;*

(g) Improve their understanding of the chemical processes involved in the creation of photochemical oxidants;

(h) Identify possible measures to reduce emissions of methane.

Article 6

Review process

1. The Parties shall regularly review the present Protocol, taking into account the best available scientific substantiation and technological development.
2. The first review shall take place no later than one year after the date of entry into force of the present Protocol.

Article 7

National programmes, policies and strategies

The Parties shall develop without undue delay national programmes, policies and strategies to implement the obligations under the present Protocol that shall serve as a means of controlling and reducing emissions of VOCs or their transboundary fluxes.

Article 8

Information exchange and annual reporting

1. The Parties shall exchange information by notifying the Executive Body of the national programmes, policies and strategies that they develop in accordance with article 7, and by reporting to it progress achieved under, and any changes to, those programmes, policies and strategies. In the first year after entry into force of this Protocol, each Party shall report on the level of emissions of VOCs in its territory and any TOMA in its territory, by total and, to the extent feasible, by sector of origin and by individual VOC according to guidelines to be specified by the Executive Body for ~~1987~~ 1988 ~~[1988]~~ or any other year taken as the base year for article 2-2; and on the basis upon which these levels have been calculated.

EB.AIR/WG.4/12

page 14

Annex I

2. Furthermore each Party shall report annually:

(a) On the matters specified in paragraph 1 for the previous calendar year, and on any revision which may be necessary to the reports already made for earlier years;

(b) On progress in applying national or international emission standards and the control techniques required under article 2, paragraph 3;

(c) On measures taken to facilitate the exchange of technology.

3. In addition, Parties within the geographical scope of EMEP shall report at intervals to be specified by the Executive Body, information on VOC emissions by sector of origin, with a spatial resolution, to be specified by the Executive Body, appropriate for purposes of modelling the formation and transport of secondary photochemical oxidant products.

4. Such information shall, as far as possible, be submitted in accordance with a uniform reporting framework.

Article 9

Calculations

EMEP shall, utilizing appropriate models and measurements, provide to the annual meetings of the Executive Body relevant information on the long-range transport of ozone in Europe. In areas outside the geographical scope of EMEP, models appropriate to the particular circumstances of Parties to the Convention therein shall be used.

Article 10

Annexes

The annexes to the present Protocol shall form an integral part of the Protocol. Annex I is mandatory while annexes II, III and IV are recommendatory.

Article 11

Amendments to the Protocol

1. Any Party may propose amendments to the present Protocol.

2. Proposed amendments shall be submitted in writing to the Executive Secretary of the Commission who shall communicate them to all Parties. The Executive Body shall discuss the proposed amendments at its next annual meeting, provided that those proposals have been circulated by the Executive Secretary to the Parties at least 90 days in advance.

3. Amendments to the Protocol, other than amendments to its annexes, shall be adopted by consensus of the Parties present at a meeting of the Executive Body, and shall enter into force for the Parties which have accepted them on the ninetieth day after the date on which two thirds of the Parties have deposited their instruments of acceptance thereof. Amendments shall enter into force for any Party which has accepted them after two thirds of the Parties have deposited their instruments of acceptance of the amendment, on the ninetieth day after the date on which that Party deposited its instrument of acceptance of the amendments.

4. Amendments to the annexes shall be adopted by consensus of the Parties present at a meeting of the Executive Body and shall become effective 30 days after the date on which they have been communicated, in accordance with paragraph 5 of this article.

5. Amendments under paragraphs 3 and 4 of this article shall, as soon as possible after their adoption, be communicated by the Executive Secretary to all Parties.

Article 12

Settlement of disputes

If a dispute arises between two or more Parties as to the interpretation or application of the present Protocol, they shall seek a solution by negotiation or by any other method of dispute settlement acceptable to the parties to the dispute.

Article 13

Signature

1. The present Protocol shall be open for signature at Geneva from 18 November 1991 until 22 November 1991 inclusive, then at the United Nations Headquarters in New York until 22 May 1992 by the States members of the Commission as well as States having consultative status with the Commission, pursuant to paragraph 8 of Economic and Social Council resolution 36 (IV) of 28 March 1947, and by regional economic integration organizations, constituted by sovereign States members of the Commission, which have competence in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements in matters covered by the Protocol, provided that the States and organizations concerned are Parties to the Convention.

2. In matters within their competence, such regional economic integration organizations shall, on their own behalf, exercise the rights and fulfil the responsibilities which the present Protocol attributes to their member States. In such cases, the member States of these organizations shall not be entitled to exercise such rights individually.

Article 14Ratification, acceptance, approval and accession

1. The present Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by Signatories.
2. The present Protocol shall be open for accession as from 22 May 1992 by the States and organizations referred to in article 13, paragraph 1.

DepositoryArt. 15

The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who will perform the functions of Depository.

Article 16Entry into force

1. The present Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date on which the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession has been deposited.
2. For each State and organization referred to in article 13, paragraph 1, which ratifies, accepts or approves the present Protocol or accedes thereto after the deposit of the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date of deposit by such Party of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 16 17Withdrawal

At any time after five years from the date on which the present Protocol has come into force with respect to a Party, that Party may withdraw from it by giving written notification to the Depository. Any such withdrawal shall take effect on the ninetieth day following the date of its receipt by the Depository, or on such later date as may be specified in the notification of the withdrawal.

Article 17 18Authentic texts

The original of the present Protocol, of which the English, French and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have signed the present Protocol.

DONE at Geneva this eighteenth day of November one thousand nine hundred and ninety-one.

~~ANNEXE I~~
~~du rapport~~

PROTOCOLE DE LA CONVENTION SUR LA POLLUTION ATMOSPHERIQUE TRANSFRONTIERE
A LONGUE DISTANCE DE 1979 RELATIF A LA LUTTE CONTRE LES EMISSIONS
DE COMPOSES ORGANIQUES VOLATILS OU LEURS FLUX TRANSFRONTIERES

Les Parties,

Résolues à appliquer la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance,

Préoccupées par le fait que des émissions actuelles de composés organiques volatils (COV) et de produits oxydants photochimiques secondaires endommagent, dans les régions exposées d'Europe et d'Amérique du Nord, des ressources naturelles extrêmement importantes du point de vue écologique et économique, et, dans certaines conditions d'exposition, ont des effets nocifs sur la santé humaine,

Notant qu'en vertu du Protocole relatif à la lutte contre les émissions d'oxyde d'azote ou leurs flux transfrontières, adopté à Sofia le 31 octobre 1988, on s'est déjà mis d'accord pour réduire les émissions d'oxyde d'azote,

Reconnaissant la contribution des COV et des oxydes d'azote dans la formation de l'ozone troposphérique,

Reconnaissant que les COV, les oxydes d'azote et l'ozone qui en résulte sont transportés à travers les frontières internationales, affectant la qualité de l'air dans les pays voisins,

Conscientes que le mécanisme de la création d'oxydants photochimiques est tel qu'il est indispensable de réduire les émissions de COV pour diminuer l'incidence des oxydants photochimiques,

Conscientes en outre que le méthane et le monoxyde de carbone émis du fait des activités humaines sont présents à des concentrations de fond dans l'air au-dessus de la région de la CEE et contribuent à créer, par épisodes, des concentrations de pointes d'ozone; qu'en outre leur oxydation à l'échelle mondiale en présence d'oxyde d'azote contribue à former des concentrations de fond d'ozone troposphérique auxquels se surajoutent des épisodes photochimiques; et que le méthane devrait faire l'objet de mesures de lutte dans d'autres enceintes,

Rappelant que l'Organe exécutif de la Convention a reconnu à sa sixième session, qu'il était nécessaire de lutter contre les émissions de COV ou leurs flux transfrontières et de maîtriser l'incidence des oxydants photochimiques, et que les Parties qui avaient déjà réduit leurs émissions devaient maintenir et réviser leurs normes d'émissions pour les COV,

Tenant compte des mesures déjà prises par plusieurs Parties qui ont eu pour effet de réduire leurs émissions annuelles ~~nationales~~ d'oxyde, d'azote et de COV,

Notant que certaines Parties ont fixé des normes et/ou objectifs de qualité de l'air pour l'ozone troposphérique et que des normes relatives aux concentrations en ozone troposphérique ont été fixées par l'Organisation mondiale de la santé et d'autres organes compétents,

Résolues à prendre des mesures efficaces pour lutter contre les émissions annuelles ~~(nationales)~~ de COV ou les flux transfrontières de COV et les produits oxydants photochimiques secondaires, et pour les réduire, en particulier en appliquant des normes nationales ou internationales d'émissions aux nouvelles sources mobiles et aux nouvelles sources fixes, en adaptant les principales sources fixes existantes, et aussi en limitant la proportion de composants susceptibles d'émettre des COV dans les produits destinés à des utilisations industrielles et domestiques,

Conscientes que les composés organiques volatils diffèrent beaucoup les uns des autres par leur réactivité et leur capacité à créer de l'ozone troposphérique et d'autres oxydants photochimiques, et que, pour certains composants individuels, ces possibilités peuvent varier d'un moment à l'autre et d'un lieu à l'autre en fonction de facteurs météorologiques et autres,

Reconnaissant qu'il faut tenir compte des différences des variations en question si l'on veut que les mesures prises pour lutter contre les émissions et les flux transfrontières de COV et pour les réduire soient aussi efficaces que possible et aboutissent à réduire au minimum la formation d'ozone troposphérique et d'autres oxydants photochimiques,

Prenant en considération les données scientifiques et techniques existantes relatives à l'émission, aux déplacements atmosphériques et aux effets sur l'environnement des COV et des oxydants photochimiques, ainsi qu'aux techniques de lutte,

Reconnaissant que les connaissances scientifiques et techniques sur ces questions évoluent et qu'il faudra tenir compte de cette évolution lors de l'examen de l'application du présent Protocole et avant de décider des mesures ultérieures à prendre,

Notant que l'élaboration d'une approche fondée sur les niveaux critiques vise à établir une base scientifique axée sur les effets, dont il faudra tenir compte lors de l'examen de l'application du présent Protocole et avant de décider de nouvelles mesures agréées à l'échelon international qui seront destinées à limiter et réduire les émissions de COV ou les flux transfrontières de COV et d'oxydants photochimiques,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Définitions

Aux fins du présent Protocole,

1. On entend par "Convention", la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance, adoptée à Genève le 13 novembre 1979;

2. On entend par "EMEP", le Programme concerté de surveillance continue et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe;
3. On entend par "Organe exécutif", l'Organe exécutif de la Convention, constitué en vertu du paragraphe 1 de l'article 10 de la Convention;
4. On entend par "zone géographique des activités de l'EMEP", la zone définie au paragraphe 4 de l'article premier du Protocole à la Convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance, relatif au financement à long terme du Programme concerté de surveillance continue et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe (EMEP), adopté à Genève le 28 septembre 1984;
5. On entend par "zone de gestion de l'ozone troposphérique" (ZGOT), une zone spécifiée dans l'annexe IV conformément aux conditions exposées à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 2;
6. On entend par "Parties", sauf incompatibilité avec le contexte, les Parties au présent Protocole;
7. On entend par "Commission", la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe;
8. On entend par "niveaux critiques", des concentrations de polluants dans l'atmosphère, pour une durée d'exposition spécifiée, au-dessous desquelles, en l'état actuel des connaissances, il ne se produit pas d'effets néfastes directs sur des récepteurs tels que l'homme, les végétaux, les écosystèmes ou les matériaux;
9. On entend par "composés organiques volatils" ou "COV", sauf indication contraire, tous les composés organiques artificiels, autres que le méthane, qui peuvent produire des oxydants photochimiques par réaction avec les oxydes d'azote en présence de lumière solaire;
10. On entend par "grande catégorie de sources", toute catégorie de sources qui émettent ~~[ou peuvent émettre]~~ des polluants atmosphériques sous la forme de COV, notamment les catégories décrites dans les annexes techniques II et III, et qui contribuent pour au moins 1 % au total annuel des émissions nationales de COV, mesuré ou calculé sur la première année civile qui suit la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, et tous les quatre ans par la suite;
11. On entend par "source fixe nouvelle", toute source fixe que l'on commence à construire ou que l'on entreprend de modifier sensiblement à l'expiration d'un délai de ~~deux~~ ans à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;
12. On entend par "source mobile nouvelle", tout véhicule routier automobile construit après l'expiration d'un délai de deux ans à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

13. On entend par "potentiel de création d'ozone photochimique" (PCOP), le potentiel d'un COV donné, par rapport à celui d'autres COV, de former de l'ozone en réagissant avec des oxydes d'azote en présence de lumière solaire, tel qu'il est décrit dans l'annexe IV.

Article 2

Obligations fondamentales

1. Les Parties maîtrisent et restreignent leurs émissions de COV afin de réduire les flux transfrontières de ces composés et les flux des produits secondaires photochimiques oxydants qui en dérivent et protéger ainsi la santé et l'environnement d'effets nocifs.

2. Afin de satisfaire aux prescriptions du paragraphe 1 ci-dessus, chaque Partie maîtrise et réduit ses émissions annuelles [nationales] de COV, ou leurs flux transfrontières selon l'une des modalités suivantes, qu'elle spécifie lorsqu'elle signe le présent Protocole :

a) Elle prend, dans un premier temps et dès que possible, des mesures efficaces pour réduire ses émissions annuelles [nationales] de COV d'au moins 30 % d'ici ~~{1999}~~, en retenant comme base les niveaux de ~~{1987}~~ ~~{1988}~~ ~~{ou tout autre niveau annuel antérieur de la période [1980] [1984] [1987] [1988] qu'elle peut spécifier lorsqu'elle signe le présent Protocole ou y adhère}~~ ;

b) Si ses émissions annuelles ~~{nationales}~~ provenant uniquement des zones relevant de sa juridiction spécifiées en tant que zones de gestion de l'ozone troposphérique (ZGOT) à l'annexe I contribuent aux concentrations d'ozone troposphérique dans des zones placées sous la juridiction d'une ou plusieurs autres Parties, elle prend, dans un premier temps et dès que possible, des mesures efficaces pour

i) réduire ses émissions annuelles ~~{nationales}~~ de COV ~~{ou leurs flux transfrontières}~~ en provenance des zones ainsi spécifiées d'au moins 30 % d'ici ~~{1999}~~ en prenant comme base le niveau de ~~{1987}~~ ~~{1988}~~ ~~{ou tout autre niveau annuel antérieur de la période [1980] [1984] [1987] [1988] qu'elle peut spécifier lorsqu'elle signe le présent Protocole ou y adhère}~~ ;

ii) ~~{faire en sorte que ses émissions annuelles {nationales} totales de COV d'ici {1999} ne dépassent pas les niveaux de [1987] {1988} [ou tout autre niveau annuel antérieur de la période [1980] [1984] [1987] [1988] qu'elle peut spécifier lorsqu'elle signe le présent Protocole ou y adhère}~~ ;

c) Si ses émissions annuelles ~~{nationales}~~ de COV ont été en ~~{1987}~~ ~~{1988}~~ inférieures à 500 000 tonnes et 20 kg par habitant et 5 tonnes par km², elle prend, dans un premier temps et dès que possible, des mesures efficaces pour faire au moins en sorte que, au plus tard en ~~{1999}~~, ses émissions annuelles ~~{nationales}~~ de COV ne dépassent pas le niveau de ~~{1987}~~ ~~{1988}~~.

~~{3. En ce qui concerne les paragraphes 1 et 2, les Parties peuvent s'acquitter de leurs obligations individuellement ou conjointement.}~~

* ou tout autre niveau annuel antérieur de la période 1984-1990 qu'elle peut spécifier lorsqu'elle signe le présent Protocole ou y adhère ;

3. a) En outre, deux ans au plus tard après la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, ~~les Parties~~ :
chaque

- i) appliquent aux sources fixes nouvelles des normes nationales ou internationales d'émission appropriées fondées sur les meilleures techniques disponibles et économiquement viables, compte tenu de l'annexe II;
- ii) appliquent des mesures nationales ou internationales pour les produits contenant des solvants et encouragent l'emploi de produits à teneur en COV faible ou nulle compte tenu de l'annexe II, y compris l'adoption d'un étiquetage précisant la teneur des produits en COV;
- iii) appliquent aux sources mobiles nouvelles des normes nationales ou internationales d'émission appropriées fondées sur les meilleures techniques disponibles et économiquement viables, compte tenu de l'annexe III; et
- iv) incitent la population à participer aux programmes de lutte contre les émissions grâce à des annonces publiques, en encourageant la meilleure utilisation de tous les modes de transport et en lançant des programmes de gestion de la circulation.

b) En outre, cinq ans au plus tard après la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, dans les zones où les normes nationales ou internationales concernant l'ozone troposphérique sont dépassées ou dans lesquelles des flux transfrontières ont leur origine ou sont à prévoir, ~~les Parties~~ :
chaque

- i) appliquent aux sources fixes existantes dans les grandes catégories de sources les meilleures techniques disponibles et économiquement viables, compte tenu de l'annexe II;
- ii) appliquent des techniques propres à réduire les émissions de COV provenant de la distribution des produits pétroliers et des opérations de ravitaillement en carburant des véhicules automobiles et à réduire la volatilité des produits pétroliers, compte tenu des annexes II et III.

4. En s'acquittant des obligations qui leur incombent en application du présent article, les Parties sont invitées à accorder la plus haute priorité à la réduction ou à la maîtrise des émissions de substances présentant le plus fort PCOP, compte tenu des données présentées à l'annexe IV.

5. Pour appliquer le présent Protocole, et en particulier toute mesure de substitution de produits, les Parties prennent les dispositions voulues afin de faire en sorte que des COV toxiques et cancérigènes ou encore qui attaquent la couche d'ozone stratosphérique ne viennent pas remplacer d'autres COV.

6. Dans un deuxième temps, les Parties engagent des négociations, six mois au plus tard après la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, sur les mesures ultérieures à prendre pour réduire les émissions annuelles nationales de composés organiques volatils ou les flux transfrontières

de ces émissions et de leurs produits oxydants photochimiques secondaires, en tenant compte des meilleures innovations scientifiques et techniques disponibles, des niveaux critiques déterminés scientifiquement et des niveaux cibles acceptés sur le plan international, du rôle des oxydes d'azote dans la formation d'oxydants photochimiques et d'autres éléments résultant du programme de travail entrepris au titre de l'article 5.

4.7. A cette fin, les Parties coopèrent en vue de définir :

a) des données plus détaillées sur les divers COV et leur potentiel de création d'ozone photochimique;

b) des niveaux critiques pour les oxydants photochimiques;

c) des réductions des émissions annuelles nationales ou des flux transfrontières de COV et de leurs produits oxydants photochimiques secondaires, en particulier dans la mesure où cela est nécessaire pour atteindre les objectifs convenus sur la base de niveaux critiques;

d) des stratégies de lutte, par exemple des instruments économiques, permettant d'assurer la rentabilité globale nécessaire pour atteindre les objectifs convenus;

e) des mesures et un calendrier commençant au plus tard le 1er janvier ~~1995~~ 2000 pour parvenir à réaliser lesdites réductions.

4.8. Au cours de ces négociations, les Parties examinent l'opportunité qu'il y aurait, aux fins de l'application du paragraphe 1, de compléter les mesures ultérieures par des mesures destinées à réduire les émissions de méthane.

Article 3

Autres mesures

1. Les mesures prescrites par le présent Protocole ne dispensent pas les Parties de leurs autres obligations de prendre des mesures pour réduire les émissions gazeuses totales pouvant contribuer sensiblement au changement du climat, à la formation d'ozone de fond dans la troposphère, à l'appauvrissement de l'ozone dans la stratosphère ou qui sont toxiques ou cancérogènes.
2. Les Parties peuvent prendre des mesures plus rigoureuses que celles qui sont prescrites par le présent Protocole.
3. Les Parties établissent un mécanisme pour surveiller l'application du présent Protocole. Dans un premier temps, en se fondant sur des renseignements fournis en application de l'article 8 ou d'autres renseignements, toute Partie qui est fondée à croire qu'une autre Partie agit ou a agi de manière incompatible avec ses obligations contractées en vertu du présent Protocole peut en informer l'Organe exécutif et, en même temps, les Parties intéressées. A la demande de toute Partie, la question peut être présentée pour examen à la session suivante de l'Organe exécutif.

Article 4

Echange de technologie

1. Les Parties facilitent, conformément à leurs lois, réglementations et pratiques nationales, l'échange de technologie en vue de réduire les émissions de COV, en particulier en encourageant :

- a) l'échange commercial des techniques disponibles;
- b) des contacts et une coopération directs dans le secteur industriel, y compris les coentreprises;
- c) l'échange d'informations et de données d'expérience;
- d) la fourniture d'une assistance technique.

2. Pour encourager les activités indiquées au paragraphe 1 du présent article, les Parties créent des conditions favorables en facilitant les contacts et la coopération entre les organismes et les particuliers compétents des secteurs privé et public qui sont en mesure de fournir la technologie, les services de conception et d'ingénierie, le matériel ou le financement nécessaires.

3. Six mois au plus tard après la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, les Parties entreprennent d'examiner ce qu'il y a lieu de faire pour créer des conditions plus favorables à l'échange de techniques permettant de réduire les émissions de COV.

Article 5

Activités de recherche et de surveillance à entreprendre

Les Parties accordent un rang de priorité élevé aux activités de recherche et de surveillance concernant l'élaboration et l'application de méthodes permettant de mettre au point des normes nationales ou internationales relatives à l'ozone troposphérique et d'atteindre d'autres objectifs pour protéger la santé et l'environnement. Les Parties s'attachent en particulier, par des programmes de recherche ~~nationaux~~ ou internationaux, dans le plan de travail de l'Organe exécutif et par d'autres programmes de coopération entrepris dans le cadre de la Convention, à :

- a) recenser et quantifier les effets des émissions de COV d'origine anthropique et biotique et des oxydants photochimiques sur la santé, l'environnement et les matériaux;
- b) déterminer la répartition géographique des zones sensibles;
- c) mettre au point des systèmes de surveillance et de modélisation des émissions et de la qualité de l'air, y compris des méthodes de calcul des émissions, en tenant compte autant que possible des différentes espèces de COV d'origine anthropique et biotique, et de leur réactivité, afin de quantifier

le transport à longue distance des COV d'origine anthropique et biotique et des polluants connexes qui interviennent dans la formation d'oxydants photochimiques;

d) affiner les évaluations de l'efficacité et du coût des techniques de lutte contre les émissions de composés organiques volatils et tenir un relevé des progrès réalisés dans la mise au point de techniques améliorées ou nouvelles;

e) mettre au point dans le contexte de l'approche fondée sur les niveaux critiques, des méthodes permettant d'intégrer les données scientifiques, techniques et économiques, afin de déterminer des stratégies rationnelles appropriées pour limiter les émissions de COV et assurer la rentabilité d'ensemble nécessaire pour atteindre les objectifs convenus;

f) améliorer l'exactitude des inventaires des émissions de COV d'origine anthropique et biotique; *et harmoniser les méthodes de calcul et d'estimation;*

g) mieux comprendre les processus chimiques entrant en jeu dans la formation d'oxydants photochimiques;

h) définir des mesures appropriées pour réduire les émissions de méthane.

Article 6

Processus d'examen

1. Les Parties examinent périodiquement le présent Protocole en tenant compte des arguments scientifiques les plus probants et des meilleures innovations techniques disponibles.
2. Le premier examen aura lieu un an au plus tard après la date d'entrée en vigueur du présent Protocole.

Article 7

Programmes, politiques et stratégies nationaux

Les Parties élaborent sans délai excessif des programmes, politiques et stratégies nationaux d'exécution des obligations découlant du présent Protocole, qui permettront de combattre et de réduire les émissions de composés organiques volatils ou leurs flux transfrontières.

Article 8

Echange de renseignements et rapports annuels

1. Les Parties échangent des renseignements en faisant connaître à l'Organe exécutif les politiques, stratégies et programmes nationaux qu'elles élaborent conformément à l'article 7 et en lui faisant rapport sur les progrès réalisés dans l'application desdits programmes, politiques et stratégies et, le cas échéant, sur les modifications qui y sont apportées. Au cours de la première année suivant l'entrée en vigueur du présent Protocole, chaque Partie,

présente un rapport sur le niveau des émissions de COV sur son territoire et sur toute ZGOT qui en ferait partie, globalement et, dans toute la mesure possible, par secteur d'origine et par COV, conformément aux directives à préciser par l'Organe exécutif pour ~~1988~~ ¹⁹⁸⁹ ~~1989~~ ^{ou} toute autre année retenue comme année de base aux fins du paragraphe 2 de l'article 2; ainsi que sur la base de calcul utilisée.

2. En outre, chaque Partie fera rapport annuellement sur :

a) les questions énumérées au paragraphe 1 pour l'année civile précédente, et sur les révisions qu'il y aurait lieu d'apporter aux rapports déjà présentés pour les années précédentes;

b) les progrès réalisés dans l'application des normes nationales d'émission et les techniques antipollution prescrites au paragraphe 3 de l'article 2;

c) les mesures prises pour faciliter l'échange de technologie.

3. En outre, les Parties dans la zone géographique des activités de l'EMEP présentent, à des intervalles qu'indiquera l'Organe exécutif, des renseignements sur les émissions de COV par secteur d'origine, avec une résolution spatiale, à spécifier par l'Organe exécutif, répondant aux fins de modélisation de la formation et du transport des produits oxydants photochimiques secondaires.

4. Ces renseignements sont communiqués, autant que possible, conformément à un cadre de présentation uniforme des rapports.

Article 9

Calculs

A l'aide de modèles et de mesures appropriés, l'EMEP communique des renseignements pertinents sur le transport à longue distance de l'ozone en Europe aux réunions annuelles de l'Organe exécutif. Dans les régions situées en dehors de la zone géographique des activités de l'EMEP, des modèles adaptés aux circonstances particulières des Parties à la Convention qui se trouvent dans ces régions sont utilisés.

Article 10

Annexes techniques

Les annexes du présent Protocole font partie intégrante du Protocole. L'annexe I est de nature obligatoire, tandis que les annexes II, III et IV ont un caractère de recommandation.

Article 11

Amendements au Protocole

1. Toute Partie peut proposer des amendements au présent Protocole.

2. Les propositions d'amendements sont soumises par écrit au Secrétaire exécutif de la Commission, qui les communique à toutes les Parties. L'Organe exécutif examine les propositions d'amendements à sa réunion annuelle suivante, à condition que le Secrétaire exécutif les ait distribuées aux Parties au moins 90 jours à l'avance.
3. Les amendements au Protocole, autres que les amendements à ses annexes, sont adoptés par consensus des Parties présentes à une réunion de l'Organe exécutif, et entrent en vigueur à l'égard des Parties qui les ont acceptés le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date à laquelle deux tiers des Parties ont déposé leurs instruments d'acceptation de ces amendements. Les amendements entrent en vigueur à l'égard de toute Partie qui les a acceptés après que deux tiers des Parties ont déposé leurs instruments d'acceptation de ces amendements, le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date à laquelle ladite Partie a déposé son instrument d'acceptation des amendements.
4. Les amendements aux annexes sont adoptés par consensus des Parties présentes à une réunion de l'Organe exécutif et prennent effet le trentième jour qui suit la date à laquelle ils ont été communiqués conformément au paragraphe 5 du présent article.
5. Les amendements visés aux paragraphes 3 et 4 ci-dessus sont communiqués à toutes les Parties par le Secrétaire exécutif le plus tôt possible après leur adoption.

Article 12

Règlement des différends

Si un différend surgit entre deux ou plusieurs Parties quant à l'interprétation ou à l'application du présent Protocole, ces Parties recherchent une solution par voie de négociation ou par toute autre méthode de règlement des différends qu'elles jugent acceptable.

Article 13

Signature

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats membres de la Commission ainsi que des Etats dotés du statut consultatif auprès de la Commission en vertu du paragraphe 8 de la résolution 36 (IV) du Conseil économique et social du 28 mars 1947, et des organisations d'intégration économique régionale constituées par des Etats souverains membres de la Commission, ayant compétence pour négocier, conclure et appliquer des accords internationaux dans les matières visées par le présent Protocole, sous réserve que les Etats et organisations concernés soient Parties à la Convention, à Genève du 18 novembre 1991 au 22 novembre 1991 inclus, puis au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York, jusqu'au 22 mai 1992.
2. Dans les matières qui relèvent de leur compétence, ces organisations d'intégration économique régionale exercent en propre les droits et s'acquittent en propre des responsabilités que le présent Protocole attribue à leurs Etats membres. En pareil cas, les Etats membres de ces organisations ne peuvent exercer ces droits individuellement.

Article 14Ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. Le présent Protocole est soumis à la ratification, l'acceptation ou l'approbation des signataires.
2. Le présent Protocole est ouvert à l'adhésion des Etats et organisations visés au paragraphe 1 de l'article 13 à compter du 22 mai 1992.

Dépositaire Article 15
 Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui exerce les fonctions de dépositaire.

Article 16Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date du dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.
2. A l'égard de chaque Etat ou organisation visé au paragraphe 1 de l'article 13 qui ratifie, accepte ou approuve le présent Protocole ou y adhère après le dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date du dépôt par cette Partie de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article ~~16~~ 17Dénonciation

A tout moment après l'expiration d'un délai de cinq ans commençant à courir à la date à laquelle le présent Protocole entre en vigueur à l'égard d'une Partie, cette Partie peut dénoncer le Protocole par notification écrite adressée au Dépositaire. La dénonciation prend effet le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date de sa réception par le Dépositaire, ou à toute autre date ultérieure qui peut être spécifiée dans la notification de dénonciation.

Article ~~17~~ 18Textes faisant foi

L'original du présent Protocole, dont les textes anglais, français et russe font également foi, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

FAIT à Genève, le dix-huitième jour du mois de novembre mil neuf cent quatre-vingt-onze.



2510.17

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Berne, le 28 octobre 1991

Au Conseil fédéral

Signature du Protocole additionnel à la Convention de la CEE/ONU sur la pollution atmosphérique transfrontière relatif à la lutte contre les émissions de composés organiques volatils (COV) ou leurs flux transfrontières

Co-rapport

relatif à la proposition du DFI du 9 octobre 1991.

Nous sommes **d'accord** avec la proposition du DFI de signer le Protocole.

La proposition ne contenant pas d'indications précises au sujet des implications de ce Protocole pour la Suisse, notre accord est subordonné aux conditions suivantes:

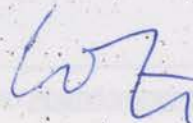
- La proposition se limite à la signature du Protocole et ne contient aucune modification des objectifs de la politique de protection de l'air adoptés par le Conseil fédéral.
- Dans l'éventualité d'une ratification, la Suisse choisirait le niveau d'émission de l'année 1984 comme base de référence au sens de l'article 2(a) qui établit une obligation de réduire les émissions de VOC de 30 % d'ici 1999 par rapport à un niveau annuel atteint entre 1984 et 1988.
- Les mesures légales définitivement édictées et en vigueur permettent à la Suisse de respecter les obligations de l'article 2(a) du Protocole sus-mentionné.
- L'obligation de moyen énoncée à l'article 3 du Protocole ne s'applique pas à la Partie Contractante qui s'est acquittée de l'obligation de résultat découlant de l'article 2.

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE
 PUBLIQUE

gelöst, noch das vorliegende VOC-Protokoll eingehalten werden. Der Bundesrat hat daher am 11. März 1991 Beschleunigungs- und Verstärkungsmassnahmen zur Luftreinhaltung beschlossen und die Öffentlichkeit darüber eingehend informiert. Mit den schon früher und den am 11. März 1991 beschlossenen Massnahmen können sowohl die Ziele des Luftreinhalte-Konzepts als auch die Verpflichtungen des VOC-Protokolls eingehalten werden.

- Die Verpflichtung in Artikel 3 des VOC-Protokolls übernimmt im wesentlichen den Inhalt von Absatz 5 in Artikel 2. Sie ist integrierender Bestandteil des Protokolls. Mit einer Ablehnung würde sich die Schweiz europapolitisch unnötigerweise isolieren, denn auch die EG und die übrigen EFTA-Staaten haben die Unterzeichnung des Protokolls in der vorliegenden Form angekündigt.

EIDGENÖSSISCHES
 DEPARTEMENT DES INNERN



Flavio Cotti

EIDGENÖSSISCHES
 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT





2510.17

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Bern, den 1. November 1991

Anden Bundesrat

Unterzeichnung des Protokolls zum Uebereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung der ECE/UNO betreffend die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) oder ihres grenzüberschreitenden Flusses

Vernehmlassung

zur Stellungnahme des EDI vom 30. Oktober 1991

- Wir danken dem EDI für seine Erläuterungen. Sie haben zu einer Aussprache zwischen den beteiligten Aemtern des EDI und des EVD geführt (BUWAL und BAWI). Dabei hat sich gezeigt, dass das VOC-Protokoll mit den bisher rechtsverbindlich getroffenen Luftreinhalte-Massnahmen nahezu eingehalten werden kann, wenn das Jahr 1984 als Basisjahr für die Berechnung der 30%igen Reduktion der VOC-Emissionen gewählt wird. Das Protokoll lässt ein solches Vorgehen bekanntlich zu.

- Im Einvernehmen mit dem EDI stellen wir daher folgenden Abänderungsantrag:

Ziffer 1 des Dispositivs des EDI wird ergänzt durch den Satz: "Als Basisjahr im Sinne von Artikel 2 des Protokolls wird das Jahr 1984 gewählt."

EIDGENÖSSISCHES
 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Blauen